



### Die kommunale Gleichschaltung 1933

Die Stadtverordnetenversammlung „Bielefeld ist rot und bleibt rot!“ titelte die „Volkswacht“ am 27. Februar 1933 im Vorfeld der von der seit dem 30. Januar 1933 im Amt befindlichen Reichsregierung Hitler angeordneten Neuwahlen. Doch die Stadtverordnetenwahlen vom 12. März erbrachten zwar erstaunlich stabile Stimmzahlen für die SPD (37,1% und 19 Stadtverordnete), aber selbst ein unrealistisches Zusammengehen mit der KPD (7,7% und 4 Stadtverordnete) hätte keine Mehrheit gegen die NSDAP (36,6% und ebenfalls 19 Stadtverordnete), ihren deutschnationalen Bündnispartner (7,7% und 4 Stadtverordnete) sowie die bürgerlichen Mittelparteien (9,8% und 4 Stadtverordnete) erbracht.

Den gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten blieben ähnlich harte Schicksale wie den KPD-Vertretern, die entweder in der Nacht des Reichstagsbrandes am 28. Februar verhaftet worden waren oder - wie die spätere SPD-Landrätin Else Zimmermann - zunächst untertauchen konnten, später aber ebenfalls verhaftet wurden und mitunter lange Haftstrafen im Zuchthaus oder Konzentrationslager verbrachten, erspart. Die ausnahmslos fest ins Milieu der Arbeiterbewegung eingebundenen Vertreter der SPD verloren mit der Zerschlagung der sozialdemokratischen oder sozialdemokratisch beeinflussten Organisationen ihre berufliche Stellung, waren zunächst arbeitslos oder mußten ihr Dasein als Vertreter, Wirt oder Kleinhändler fristen. Der Bezirksvorsitzende Carl Schreck wurde bereits im März verhaftet, die Lehrer Fritz Dohr (Rektor der Bückhardtsschule) und Artur Ladebeck (Lehrer an der weltlichen Sammelschule) zunächst im April beurlaubt und im September 1933 entlassen, mit der Zerschlagung der freien, sozialdemokratischen Gewerkschaften verloren Gewerkschaftsfunktionäre wie Hans Böhm oder Betriebsräte wie Fritz Vogt ihre Stellung. Ebenso erging es Parteisekretär Rudolf Poggenklas, dem Volkswacht-Redakteur Wilhelm Korpeter, Heinrich Forke bei der Freien Scholle, Hans Carlmeyer bei der Bauhütte Teutoburg oder Robert Walkenhorst bei der

Konsumgenossenschaft. Insgesamt waren 16 der 21 sozialdemokratischen Stadtverordneten Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten ausgesetzt. Im Juli 1933 schieden die verbliebenen Vertreter der am 22. Juni 1933 verbotenen Partei aus dem Stadtparlament. Unter ihnen war Paul Eilers, dessen Vater Karl Eilers - 1897 unter den ersten sechs gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten in Bielefeld - im Juni 1933 als unbesoldetes Magistratsmitglied nach ununterbrochener Zugehörigkeit aus den kommunalen Selbstverwaltungsgremien der Stadt gehen mußte.

### Veränderungen im Magistrat

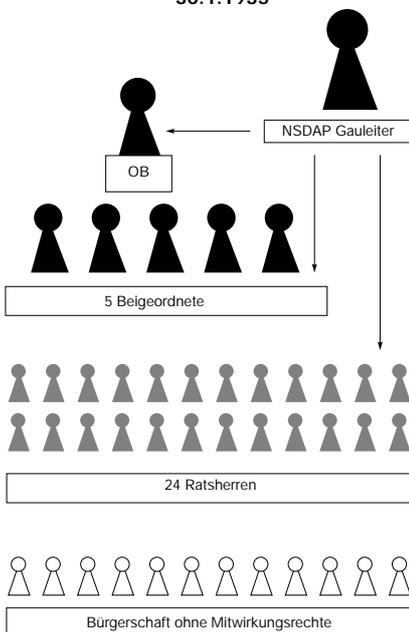
Im Magistrat konnte die SPD noch Anfang April 1933 fünf von insgesamt zwölf unbesoldeten Magistratsmitgliedern durchsetzen, doch im gleichen Monat wurden die besoldeten Magistratsmitglieder Finanzdezernent und Bürgermeister Köllner sowie Wohlfahrtsdezernent Binder als „Parteibuchbeamte“ zunächst beurlaubt, im Spätsommer formell entlassen. Stattdessen zogen der NSDAP-Kreisleiter Steueroberssekretär Fritz Budde als Bürgermeister und im folgenden Jahr der NSDAP-Gauamtsleiter Karl Heidenmann als Polizeidezernent in den Magistrat ein. Die verbliebenen drei bürgerlichen Magistratsmitglieder versuchten sich der neuen Zeit durch ihren Parteibeitritt anzupassen. Im September 1935 wurde Bürgermeister Budde unter Umgehung der vorgeschriebenen Laufbahnvoraussetzungen Nachfolger des überraschend gestorbenen Oberbürgermeisters Prief.

### Die kommunale Selbstverwaltung im nationalsozialistischen Führerstaat

Ohne große Verzögerung waren die Nationalsozialisten nun darangegangen, die kommunale Selbstverwaltung in ihrem Sinne umzuarbeiten. Im Oktober 1933 trat die Stadtverordnetenversammlung ihre Kompetenzen an einen nationalsozialistisch dominierten „beschließenden Ausschuß“ ab, im Dezember 1933 wurde die Stadtverordnetenversammlung gänzlich aufgelöst. An seine Stelle trat im September 1935 auf Grundlage der Deutschen Gemeindeordnung vom Januar 1935 ein einflußloses beratendes Gremium, das sich aus prominenten Vertretern der Wirtschaft, einigen bürgerlichen Feigenblättern und 1933 bei der ersten „Versorgungswelle“ zu kurz gekommenen Nationalsozialisten zusammensetzte. Im streng nach dem Führerprinzip aufgebauten Staat der Nationalsozialisten war die Stadt nun lediglich die unterste Ebene der Befehlsempfänger.

Hintergrund: Regierungspräsident Frh. von Oeynhausen begrüßt die neugewählte NSDAP-Fraktion mit Emil Irrgang an der Spitze vor dem Rathaus (Anfang April 1933).

### Deutsche Gemeindeordnung 30.1.1935



Hans Böhm



Paul Eilers



Carl Schreck



Fritz Vogt



Robert Walkenhorst



Else Zimmermann